

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/139

Der gescheiterte Staat "Failed state", Teil 2

Die Strategie der Destabilisierung Deutschlands durch Massenmigration bzw. Umvolkung und Islamisierung

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 21. Juni 2017 (x892/...): >>"Gast? Gastgeber? Mir reicht's jetzt!"

Niemand wird sagen können, er habe nichts gewußt. Die Verhältnisse sind nur allzu offensichtlich, und zwar für jeden - auch für den, der sich das Hirn von Presse und TV weichspülen läßt. In diesem Sinne übernehmen wir einen weiteren Beitrag "aus fremder Feder":

Vor zehn Jahren machte ich den ersten Versuch, einen Roman zu schreiben. Er hatte einen schockierenden Einstieg, schöne Szenen in der Mitte und erst ein trauriges und dann ein sehr überraschendes Ende. Im Schreiben noch recht ungeübt, fehlten mir im Mittelteil irgendwann etwa zweihundert Seiten Handlung, und ich hatte eine wichtige Lektion gelernt: Eine gute Idee allein macht noch keinen Roman.

Meine größte Furcht allerdings bestand darin, daß auch andere Autoren auf meine brillante Idee verfallen könnten. Und so kam es. Es sind Michel Houellebecq und Boualem Sansal. Ja, auch mein Roman spielt in einer fernen Zukunft, in der Europa einer faschistisch-religiösen Diktatur unterworfen ist.

Nur soviel: Die Protagonistin ist eine privilegierte junge Frau, die sogar Abitur machen darf, obwohl das nur sehr wenigen Mädchen in ihrem Land möglich ist. Ihr Vater ist Arzt, er verdient gut, nicht zuletzt, weil er Beamter der Regierung ist und bei den öffentlichen Hinrichtungen den Tod feststellen und zu amputierende Gliedmaßen betäuben darf. Die Protagonistin und ihre Freundin stolpern eines Tages über ein Geheimnis: Die Welt, in der sie leben, war nicht immer so, wie sie ist.

Aber wie war sie vorher? Und wie kam es dazu, daß in der islamischen Republik Almanya, in der sie leben, keine Frau mehr unverhüllt auf die Straße darf, Mädchen mit vierzehn verheiratet und im St. Pauli-Stadion Menschen per Schwertstreich geköpft werden?

Nun, das schilderte ich anhand der auf dem Dachboden aufgestöberten Tagebücher der Urgroßmutter. Die Muslime im Land wurden immer mehr, die Christen immer weniger, Israel verschwand aus dem Nahen Osten und die überlebenden Juden nach dem letzten ungläubigen Land der Welt, das Amerika heißt. Es kam zu immer mehr und immer grausameren Terroranschlägen, bis schließlich ein klerikalfaschistischer Umsturz á la Iran 1979 passierte.

Bessere Autoren und die Realität haben mich eingeholt

Nicht nur bessere Autoren haben mich inzwischen eingeholt, sondern auch in vielerlei Hinsicht die Realität. Vor zehn Jahren wurde ich noch von anderen Autoren und Publizisten als paranoid hingestellt. In der Regel waren das Zeitgenossen, die nicht ihr ganzes Berufsleben in

muslimischen Communities verbracht hatten, so wie ich. Inzwischen aber wagt man sogar, meine Bedenken zu teilen: "Wir islamisieren uns schleichend", schreibt Rainer Haubrich in der "Welt".

Inzwischen geschehen täglich Ungeheuerlichkeiten, für die meine blühende Phantasie einfach nicht ausgereicht hätte: Warum kam ich nicht auf die grandiose Idee, eine von allen guten Geistern verlassene Regierung könnte Millionen - Millionen! - von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis einladen, sich in Europa niederzulassen und ihre Großfamilien, nicht selten bestehend aus mehreren Ehefrauen und fünfzehn Kindern, mitzubringen?

Und daß von den Ehefrauen auch welche minderjährig und Verwandte ersten Grades sein könnten, was aber völlig in Ordnung ist, wie Ahmet Toprak auf "ZEIT ONLINE" bereits beschrieben hat ("Was für Kinderehen spricht"). Daß in der amerikanischen Teen-Vogue die Hirne verblödeter junger Frauen damit noch einige Grade weiter vernebelt werden könnten, weil sich man dort neuerdings nicht mehr über Lippenstifte, sondern über die Segnungen der Scharia ausschurbelt.

Daß sich Tausende - Tausende! - von amerikanischen Frauen unter der Oberhoheit einer islamischen Populistin dazu hergeben würden, unter Bildern von mit den Stars-and-Stripes verschleierten Weibern gegen ihren Präsidenten zu demonstrieren? Ehrlich, das hat nicht mal Donald Trump verdient. Oder daß man Schülerinnen des Schiller-Gymnasiums in Bautzen bei einem Besuch im Asylbewerberheim allen Ernstes dazu auffordern würde, dort nicht in schulterfreien Tops und Miniröcken zu erscheinen? Schließlich seien sie dort ja "nur zu Gast". Ich war in diesem Leben auch schon das eine oder andere Mal zu Gast, und daher kann ich unumwunden folgenden Sachverhalt feststellen:

Wenn ich als steuerzahlende Staatsbürgerin in ein staatlich finanziertes Asylbewerberheim gehe, dann bin ich dort nicht der Gast, sondern die Gastgeberin; diejenige, die Unterkunft, Kleidung, Ausbildung, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung und den Zahnersatz mitbezahlt. Das Grundgesetz garantiert mir, daß ich meinen eigenen Beruf und den Ehepartner wählen kann, daß ich ein Recht auf freie Ausübung meiner Sexualität und auf Unversehrtheit in der Öffentlichkeit habe und daß ich mich kleiden kann, wie es mir verdammt noch mal paßt. Das hat jeder zu akzeptieren, ohne Wenn und Aber, und wenn er oder sie hundertmal mein Gast ist.

Zum ersten Mal sehe ich mich auf der Rolltreppe um

Dabei spielt es möglicherweise schon bald keine Rolle mehr, welche Rechte das Grundgesetz den Frauen in diesem Land garantiert. Die Sicherheit für Frauen ist aus dem öffentlichen Raum verschwunden. Keine Großveranstaltung mehr, wo nicht Hundertschaften von Polizisten notgeile und eventuell bewaffnete Männerhorden in Schach halten müssen, doppelt enthemmt durch Drogen, Alkohol und die Tatsache, daß die Familie, der Vater, der Onkel und der Imam Tausende von Kilometern weit weg sind und ihnen all das nicht verbieten können.

Es geschehen Tag für Tag für Tag sexuelle Gewaltverbrechen, angefangen bei Beleidigungen und Belästigungen, über Vergewaltigungen und Körperverletzungen bis hin zu Morden. Zum ersten Mal in meinem Leben sehe ich mich jedes Mal um, wenn ich auf der Rolltreppe stehe, wenn ich Treppen hinunter gehe, dicht an einer befahrenen Straße oder auf dem Bahnsteig stehe. Ich sehe mich um, ob eventuell jemand hinter mir steht, der vorhat, mich zu verletzen oder der meinen Totschlag billigend in Kauf nimmt. Und ich habe zum ersten Mal seit etwa zwanzig Jahren wieder richtig Angst vor sexuellen Übergriffen.

Wie gesagt, ich war lange in muslimischen Communities zuhause. Wenn Sie wissen wollen, was man dort über die dekadente westliche Zivilisation denkt, will ich es gern verraten: Die Männer sind schwanzlose, ehrlose Weicheier. Die Frauen sind alle Huren, jeder darf sie haben. Wenn, wie Behördenmitarbeiterinnen schon berichtet haben, Asylbewerber vor ihnen im Amtszimmer zu masturbieren beginnen, dann, weil sie davon ausgehen, daß das völlig in

Ordnung ist und daß sie das auch dürfen. Deutsche Frauen wollen das so, daß hat Cousin Ali schon vor einem halben Jahr nach Jalalabad durchgesimst.

Und die deutsche rückgratlose Ranschmeißerei an den Islam, das Einknicken vor Imamen und Religionsbehörden und das vorauseilende Schweinefleischverbot in Kindergärten sind für Muslime ein Witz. Sie lachen über unsere Schwäche, unsere Blödheit und unsere Naivität. Wir erfüllen jedes Vorurteil, daß sie über ungläubige Dhimmis wie uns haben.

Und glauben Sie mir, sie haben eine Menge davon. Falls Sie es noch nicht wußten: Dafür sorgt man schon in den Moscheen in der Heimat, und Propagandafilme, die im Nahen Osten produziert werden, prägen das Bild des verderbten Kontinents der moralisch verkommenen Ungläubigen. In jedem Staat der Welt, in dem ein steter Zuwachs des muslimischen Bevölkerungsanteils nachzuweisen ist, bis dieser die Mehrheit darstellt, herrscht früher oder später der Islam und die auf ihm fußende Gesetzgebung, die Scharia.

Das ist eine historische und demographische Tatsache. Wenn wir es vor lauter Toleranzbessoffenheit nicht mehr schaffen, uns auf unsere Werte zu besinnen und diese mit aller Stärke zu verteidigen, sind die Freiheit des Individuums, die Demokratie, die Aufklärung und der Säkularismus irgendwann nur noch eine Fußnote der europäischen Geschichte.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 28. Juni 2017: >>>**Fünf vor Bürgerkrieg - Ist das jetzt Alltag?**

Eine langweilige Routinesituation für die Duisburger Polizei: "Guten Tag, Führerschein und Fahrzeugpapiere, bitte." Antwort des Verkehrsteilnehmers: "Nö." Polizei: "Och, bitte!" Antwort: "Noch mal nein!" Das Ende vom Lied? Sie ahnen es ...

Aus einer einfachen Verkehrskontrolle wird ein Großeinsatz. Rund 50 Beamte müssen am vergangenen Sonntag wegen einer solchen Lappalie anrücken - und stehen plötzlich 250 Menschen, die Polizei nennt sie "Störer", gegenüber. Die sind mit der Verhaftung des 49-jährigen Mannes nicht so richtig einverstanden. Die Polizisten allerdings wollen das deutliche "Nein" des renitenten Falschparkers auch nur ungern hinnehmen und ringen ihn zu Boden, bevor sie ihn mitnehmen.

Diese Aktion gestaltet sich - wegen des 250-köpfigen Protestkomitees, zu dem auch der Sohn des Verdächtigen, Murat K., gehört - mehr als schwierig, aber die Beamten bleiben stur, wollen auch in dieser Lage partout nicht von der gefährlichen Rechtsdurchsetzung absehen. Unterschiedliche Versionen zum Tathergang kursieren, unstrittig ist, daß mehrere Personen versucht haben, die Beamten von der Verhaftung des Betroffenen abzuhalten, dann daraus ein Handgemenge entstand, woraufhin die Polizeibeamten Pfefferspray einsetzten.

Der Bericht auf *Focus Online* über den Vorgang trägt den Titel "250 Anwohner gegen 50 Beamte - harmlose Verkehrskontrolle eskaliert" und stimmt nachdenklich: Während ein Polizeisprecher erklärt, daß sich der Festgenommene gegenüber der Polizei "von Anfang an aggressiv" verhalten und ein weiterer 37-Jähriger die Arbeit der Polizei trotz mehrfacher Warnung behindert und die Szene mit seinem Handy gefilmt habe, sehen Zeugen das forsche Durchgreifen der Beamten äußerst kritisch. Der einzige Zeuge, den *Focus* zitieren wollte und der das ganze Geschubse und Gerangel beobachtet hat, ist zufällig ein Journalist namens Ali Osman Yayla. Den zitiert der *Focus* lang und breit als neutralen Beobachter. ...

Das von Yayla gefilmte Video ist mittlerweile von der *Bild-Zeitung* veröffentlicht worden:

Laut Yayla habe es entgegen anderer Behauptungen keinerlei Veranlassung für das gewaltsame Einschreiten der Polizei gegeben: "Meiner Meinung nach hätte die Eskalation vermieden werden können, wenn die Polizei nicht so brutal gegen den Autofahrer vorgegangen wäre", so der Zeuge. Auf der Webseite *derwesten.de* wird die Schwester des Verhafteten mit folgender Bemerkung zitiert: "Der Polizist war böse. Er hat vollkommen übertrieben und unnötig mit dem Pfefferspray rumgesprüht." Ob das so stimmt? Was wäre gewesen, wenn der Mann einfach seine Papiere überreicht hätte, wie das in Deutschland Brauch ist, wenn einen der

Schutzmann darum bittet? Ach, Papperlapapp! Die Polizei muß in dieser Zeit endlich das Gebot der Stunde kapieren: Nett fragen, ja. Durchgreifen? Klares Nein.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft hatte der 49-Jährige überdies angegeben, daß die Polizei ihm bei der Verhaftung mehrfach gegen den Kopf getreten habe - was allerdings auf den Videos einer ganz in der Nähe befindlichen Überwachungskamera nicht zu sehen sein soll.

Das Klagelied des Verhafteten in Verbindung mit der Aussage des Herrn Yayla zeigt jedenfalls Wirkung. Nun soll doch tatsächlich die Polizei vor den Kadi, wegen "übermäßiger Gewaltanwendung". Wie man hört, sollen rund 250 Zeugen bereitstehen, um ihre Aussage gegen die Beamten zu machen. Die Staatsanwaltschaft Duisburg hat bereits ein Verfahren gegen die betroffenen Beamten wegen Körperverletzung eingeleitet.

Wir merken uns also für die Zukunft: In Deutschland dürfen Recht und Gesetz nicht mehr unterschiedslos durchgesetzt werden. Der Schutzmann darf den Schwarzparker beziehungsweise den Schwarzfahrer freundlich ansprechen, ihn um die Papiere oder das Ticket bitten, muß ein deutliches Nein eines Verdächtigen dann aber als Antwort hinnehmen. Der Rechtsstaat basiert also ab sofort auf Freiwilligkeit. Ist die nicht gegeben, hat der Polizist halt Pech. Anfassen geht gar nicht und die gewaltsame Durchsetzung von Regeln ist nur noch dann akzeptabel, wenn es sich bei den Betroffenen um Bio-Deutsche handelt, von denen keinerlei Widerstand und auch keine Anzeige wegen Rassismus zu erwarten ist. Korrekt?

Die logische Folge wird sein, daß es unsere "Bullen" - aus Angst vor arbeitsrechtlichen Konsequenzen - in Zukunft einfach ganz bleiben lassen. Pech fürs Dorf, wie der Volksmund sagt. Ein ganz ähnlich gelagerter Fall von antideutscher Schnullipulli-Rechtsbeugung ereignete sich übrigens gestern in der Münchner S-Bahn. Auch hier sahen sich die Fahrkartenkontrolleure gezwungen, einen Schwarzfahrer - unpassenderweise ein Mann mit dunkler Hautfarbe - aus dem Zugabteil zu entfernen. Da dies - aus nicht näher bekannten Gründen - nur mit erheblichem Kraftaufwand möglich war, wurde die Szene etwas unschön.

Zum Glück war auch hier eine Journalistin der *Huffington Post* zugegen (Natalija Miletic), die die ganze Situation filmte und danach ebenfalls von unnötiger und brutaler Gewaltanwendung durch das Bahn-Personal berichten konnte. Auf *Facebook* schreibt sie dazu: ... Rassismus! Rassismus! Rassismus!

Auch die Herren vom Sicherheitsdienst werden sich - wie im oben genannten Fall - bald vor Gericht verantworten und erklären müssen, warum sie überhaupt an diesem Tag ihrer Arbeit nachgehen wollten und ob sie den Mann nicht einfach - ob seiner mißlichen Lage - hätten laufen lassen können. Der Vorwurf lautet auf schwere Körperverletzung, wie erneut der *Focus* berichtet. In dem Bericht des Online-Magazins heißt es außerdem: "Im Netz machten daraufhin unter anderem Rassismuskorrekturen gegen den Sicherheitsdienst die Runde." Was zu erwarten war. ...

Womöglich stehen überhaupt große Umschulungen bei Polizei und Sicherheitsdiensten an. Einen möglichen Titel für die Sensibilisierungskurse hat Heiko Maas ja bereits vor einiger Zeit - nur in etwas anderem Zusammenhang - vorgegeben: Nein heißt Nein!

Was Ihnen COMPACT zum Fall in Duisburg nicht vorenthalten will, ist ein kurzes Stimmungsbild aus den Leser-Kommentaren. In den Kommentarspalten geht es nämlich derzeit hoch her. **Hier die besten (weil repräsentativsten) zum Fall von Duisburg:**

- Wie demotivierend für die Polizei ... Weiter so, kann ich da nur sagen ... irgendwann hat der Mob der Straße die Oberhand. Die Beamten können einem nur Leid tun.

Genau so muß es passieren. Die beteiligten Polizisten identifizieren und hart bestrafen. Wie können die es wagen, einfach so eine Verkehrskontrolle durchzuführen, wenn der zu Kontrollierende dazu gerade keine Lust hat. Außerdem haben doch 250 weitere Personen unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß man hier keine Polizei und schon gar keine Kontrollen oder Gesetze Deutschlands haben möchte (Ironie off) Ich glaube, es hackt. Justiz und Politik

sollen sich gefälligst endlich hinter unsere ausführenden Organe stellen. Mir geht diese lasche Umgangsform gegen sich gegen unsere Gesetze stellenden Migrationsbürger, die meinen, sich hier alles herausnehmen zu können, gewaltig auf die Nerven. ...

Liebe Polizisten: Haltet durch. Ewig geht es bei Politik und Justiz so nicht weiter. Die deutschen Bürger brauchen Euch!

- Weigerung, sich auszuweisen, wüste Beschimpfungen und Provokationen des "Falschparkers" - und der Staatsanwalt ermittelt gegen die Polizei - warum steht der Staat nicht hinter seinen Beamten, bei Aussage gegen Aussage ohne Beweise steht man doch hinter den Gesetzeshütern und nicht hinter Gesetzesbrechern?

- Ich weiß, wir leben nicht in den USA oder Kanada. Da wird nicht lange gefackelt in solchen Situationen. Aber hier steht ja jeder Polizeibeamte/in bei jedem Einsatz mit einem Bein im Gefängnis. Haben wir schön den Linken und Grünen zu verdanken.

- Jeden Polizeibeamten kann man nur noch bedauern. Tagtäglich müssen die Beamten den Kopf für eine absolut verfehlte Politik hinhalten. Zum Dank werden sie noch strafrechtlich verfolgt, wenn sie mal etwas härter vorgehen müssen, um bestehende Gesetze durchzusetzen. Weshalb hat sich denn der kontrollierte Mann eigentlich nicht ausweisen wollen? Wird die Staatsanwaltschaft in diese Richtung auch aktiv, oder fällt das unter geringfügiges Delikt?

- Es gab eine Zeit, da reichte ein Schutzmann, hundert Randalierer zur Ordnung zu rufen. Der Respekt ist lange verfallen. Nun soll die Polizei das Land stabilisieren, das die Politik mutwillig zerstört hat. 250 gegen 50 ist das neue Verhältnis von Anarchisten gegenüber der Ordnung. Die nicht akzeptierte Ordnung wird aggressiv attackiert und schlägt dann doppelt aggressiv zurück. Man soll ja die Hoheit behalten über den sozialen Konflikt. Die bürgerliche Gesellschaft endet im neuen sozialen Chaos der Buntheit von Staatsgegnern, die bis in die Politik reicht. Ich wundere mich über den Idealismus der jungen Polizisten. Ich hätte lange aufgegeben: Ihr wollt Chaos: dann lebt mit dem Chaos.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein Respekt**

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit "Lektionen in gelebtem Islam". Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein "Frauenhaus" flüchtete und sich der CDU anschloß. Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind

die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."

Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".

Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."

Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigen, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird".

Zana Ramadani: *"Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen"*, Europaverlag, Berlin 2017, ... 262 Seiten ... <<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Krahl schrieb am 7. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>**Jeder Migrant ein Flüchtling?**

In der Zeit des Nationalsozialismus flohen viele Regimegegner und Juden aus Deutschland. Oft hatten sie Probleme, in sicheren Ländern Aufnahme zu finden. Aus diesem guten Grund heißt es im Grundgesetz: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht".

Asylrecht bedeutet in der ganzen Welt, daß ein Staat Verfolgte nach seinen Regeln Aufnahme gewähren kann, aber nicht, daß jeder, der behauptet, verfolgt zu sein, ins Land kommen darf und dort versorgt wird. Flüchtlingsschutz bedeutet, daß jeder, der im Nachbarland Opfer von Krieg oder Naturkatastrophen wird, befristet aufgenommen wird, aber nicht, daß man sich weltweit ein Land aussuchen kann, in dem man Zugang zu den Sozialsystemen erhält.

Die deutsche Abweichung von diesem globalen Standard hat seit 2015 zur Einwanderung von etwa 1,5 Millionen Menschen in den deutschen Sozialstaat geführt. Allein 2017 betragen die Kosten dafür über 50 Milliarden Euro. Aussicht auf Integration in Arbeitsmarkt und soziales Leben gibt es nur für wenige. Wegen eines falschen Verständnisses von Humanität und Asylrecht schafft sich unser Land ab. Wir müssen einsehen: nicht jeder Migrant ist ein Flüchtling und verdient Schutz.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>**Der große Einwanderungsbetrug**

Merkel und Co. reden kurz vor den Wahlen über vermehrte Abschiebung und den Kampf gegen kriminelle Asylbewerber. Warum? Sie wollen der Bevölkerung mal wieder weismachen, die Regierung hätte alles im Griff. Doch jüngste Zahlen zeigen klipp und klar: Merkel und Co.

betrügen dreist weiter!

Vollmundige Ankündigungen sind bei unseren Politikern gang und gäbe, wenn es um die Flüchtlingspolitik geht:

- Bundeskanzlerin Merkel forderte Ende letzten Jahres eine "nationale Kraftanstrengung", um abgewiesene Asylbewerber schnell zurückzubringen.

- Innenminister Marco Minniti (Italien) erklärte ebenso wortreich anfangs dieses Jahres: "Wir werden Abschiebungen systematisch steigern und damit eine klare Botschaft an alle senden, die nach Europa wollen."

- Ministerpräsident Stefan Löfven (Schweden) versprach, "die Möglichkeiten zu verbessern, Abschiebungen durchzusetzen."

Die Beteuerungen sind verständlich. Denn gut die Hälfte der in der Zeit der offenen Grenzen nach Europa geströmten Migranten werden voraussichtlich nicht als Flüchtlinge anerkannt, schreibt ›Die Welt‹ am 20. Juni und fährt fort: "Doch das ist ein großer Selbstbetrug."

Immer weniger Abschiebungen trotz immer mehr Ausreisepflichtigen

Diesen "Selbstbetrug" hat nun die Europäische Stabilitätsinitiative (ESI) nachgewiesen. Ihre Zahlen zeigen den ganzen Betrug:

- Italien: 2014 wurden 3.495 abgewiesene Asylbewerber in ihre Herkunftsländer zurückgebracht. 2015 waren es nur noch 2.760. Und 2016 3.670. So viel zur "klaren Botschaft", die der italienische Innenminister angekündigt hatte.

- Schweden: 2014 wurden 1.285 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht, 2016 waren es mit 1.765 etwas mehr, "obwohl sich in der gleichen Zeit die Anzahl der Ausreisepflichtigen dramatisch erhöhte", schreibt 'Die Welt'.

- Deutschland: Das Gleiche gilt für unser Land: 2014 wurden 6.105 abgewiesene Asylbewerber zurückgebracht. 2015 dann nur noch 5.303 Rückschaffungen. 2016 dann wieder etwas mehr: 7.541, obwohl sie im gleichen Zeitraum um ein Drittel gestiegen waren. Abschiebungen gelingen eigentlich nur in Balkanstaaten. Von den 25.375 im Jahr 2016 aus Deutschland Abgeschobenen wurden lediglich 7.541 in Nicht-Balkanländer gebracht.

"EU-Länder sind überhaupt nicht in der Lage, eine große Anzahl von Leuten ohne Aufenthaltsrechte in ihre Herkunftsländer zurückzubringen", erklärt die ESI ohne Wenn und Aber und verbannt damit die vollmundigen Ankündigen von Merkel & Co. ins Reich der Volksverdummung.

Die Zukunft sieht noch schlechter aus!

Ist Besserung in Sicht? Denkste! Im Gegenteil: Die Asylbewerber, über deren Verfahren in diesem sowie in den nächsten Jahren entschieden wird, stammen viel weniger aus den kooperationswilligen Balkanstaaten, bei denen Rückführungen gut funktionieren, sondern großmehrheitlich aus afrikanischen und asiatischen Ländern, die bei Abschiebungen überhaupt nicht kooperieren.

Ein Beispiel gefällig? Nigeria ist das Land, aus dem im Augenblick die meisten Menschen nach Europa strömen. 521 Nigerianer wurden im vergangenen Jahr als Flüchtlinge anerkannt. 4.198 erhielten einen temporären Schutzstatus. 13.823 Asylanträge wurden abgelehnt. Abgeschoben wurden im gleichen Jahr aber nur 120 Nigerianer, berichtet ›Die Welt‹ weiter. Mit anderen Worten: Wer es aus Nigeria nach Europa schafft, kann de facto hierbleiben - auch wenn er Europa verlassen müßte. ...<<

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Maximilian Kraus schrieb am 19. Juli 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>>Die NGO-Schlepper!

In Afrika und dem Nahen Osten sind etwa 65 % der Bevölkerung jünger als 30 Jahre. Sie hungern nicht, haben aber kaum Aussicht auf Wohlstand und Status. In Deutschland lebt die zweitälteste Bevölkerung der Welt in hohem Wohlstand.

Sollen der Wohlstand und der mit ihm zusammenhängende Frieden erhalten werden, muß die

Einwanderung der jungen, nach Wohlstand und Status gierenden Männer aus Afrika und dem Nahen Osten verhindert werden.

Das genaue Gegenteil passiert: Europäische Marineschiffe und staatlich unterstützte Nichtregierungsorganisationen greifen die illegalen Migranten unmittelbar vor der afrikanischen Küste auf und schleppen sie nach Italien. Einmal in der EU, schlagen sie sich im deutschen Sozialstaat durch, wenn sie nicht gleich direkt per Flugzeug dahin "verteilt" werden. Wer einmal da ist, bleibt: die Anerkennungsquote von Nigerianern liegt, als Beispiel, bei 3 %, die Abschiebequote der 97 % Abgewiesenen ebenso.

Wie es anders geht, zeigt Australien. Wen die australische Küstenwache aufgreift, rettet sie - und bringt ihn anschließend in Camps außerhalb Australiens. Niemand, der versucht, illegal nach Australien zu kommen, wird als Asylant oder Flüchtling anerkannt: No way! Das Ergebnis: es gibt keine illegale Einwanderung mehr über das Meer. Und in Europa? Da rechnet man für dieses Jahr mit bis zu 400.000 Migranten aus Afrika. Damit wäre die Katastrophe vom Herbst 2015 zurück. Aus demselben Grund wie damals: weil die Politiker die Grenzen öffnen, statt sie zu schützen.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Juli 2017: >>**Muslime frohlocken: Kommt jetzt die Vielweiberei?**

Rasch noch vor den Sommerferien von Mutti Merkel aus wahltaktischen Gründen im Schnellverfahren durchgewinkt, schlägt die Einführung der "Ehe für alle" auch im Ausland hohe Wellen. Giuseppe Garcia, Medienbeauftragter des Bistums Chur (Schweiz), spricht im eidgenössischen 'BLICK' Klartext.

"Ehe für alle ist Ehe für keinen", erklärt Garcia in einem Gastbeitrag des Schweizer ›BLICK‹ und wirft dem deutschen Staat absolute Beliebigkeit vor. Und er geht noch einen Schritt weiter:

Wenn der Staat die Ehe zwischen Männern und Männern, Frauen und Frauen sowie zwischen allen anderen von linker Seite postulierten Sexualformen anerkennt, welche Argumente will er dann gegen die Vielehe, die Ehe von einem Mann und vielen Frauen anbringen?

"Wenn es tatsächlich so ist, daß in Zukunft ›Ehe für alle‹ gilt, dann auch für drei Männer und drei Frauen. Auch sehr behaarte Männer mit der Befähigung, mehrere Ehefrauen zu pflegen und mit ihnen diverse Kinder zu zeugen, dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und es darf ihnen, sollte die eine oder andere Gemahlin noch im Ausland verweilen, der Familiennachzug nicht verwehrt werden", erklärt Garcia weiter.

Es stellt sich damit die Frage, ob die "Ehe für alle" nicht ein weiterer Schritt nicht nur in Richtung Auflösung der traditionellen Familie, sondern auch ein weiterer Schritt in Richtung Islamisierung unseres Landes ist. Aus gut unterrichteten Quellen ist jedenfalls bekannt, daß islamische Kreise in Deutschland die "Ehe für alle" begrüßen, weil sie ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung der Vielweiberei und der Scharia ist.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 26. Juli 2017: >>**Unqualifiziert und radikal!**

Horch, was kommt denn von draußen rein?

Noch nie kamen so viele Zuwanderer nach Deutschland wie im Jahr 2015 und 2016. Woher kommen sie? Was wollen sie? Und wer muß sich wem anpassen?

"Horch, was kommt denn von draußen rein? Hollahi, hollaho! Wird wohl mein feins Liebchen sein...", heißt es in einem alten Volkslied. Der vor kurzem erschienene Migrationsbericht des BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) zeigt jedoch, daß es sich bei den eingereisten Asylsuchenden nicht um ein "feins Liebchen" handelt!

Im Gegenteil:

Zwar erklärt das BAMF, daß 2015 offiziell (die Dunkelziffer ist weit größer) "nur" 890.000 Flüchtlinge eingereist sind.

Insgesamt wurden 2015 in Deutschland jedoch 2,14 Millionen Zuzüge registriert. Die wichtigsten Herkunftsländer dabei: Syrien und Rumänien.

Diese enormen Zahlen verändern unser Land. Das ist im Alltag immer deutlicher spürbar. Und da 85 Prozent der Asylbewerber in Deutschland bleiben möchten und 80 Prozent sich sogar die deutsche Staatsangehörigkeit wünschen, muß die Frage erlaubt sein: Wen lassen wir hier ins Land - und was kommt dann? Und vor allem: Wer und wie viel Hunderttausende und Millionen werden durch den damit möglichen Familiennachzug nochmals nach Deutschland einreisen?

Jung und ungebildet

Laut BAMF sind 62 Prozent der Asylbewerber beruflich nicht qualifiziert, ein Viertel hat sogar gar keine oder nur eine Schulbildung von weniger als vier Jahren. Besonders bei Flüchtlingen aus dem Irak und Syrien sind die Qualifikationen sogar noch schlechter. Dabei sind sie normalerweise männlich und jünger als 35 Jahre. 25,4 Prozent haben nur schlechte oder gar keine Deutschkenntnisse.

Diese Zahlen lassen wenig Hoffnung auf eine erfolgreiche Zukunft bei uns zu. Und was macht das mit dem "Einwanderungsland Deutschland"?

Deutschlands Zukunft

Die genannten Zahlen stammen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie von Universitäten. Man muß dort also wissen, was Angela Merkels Politik für unser Land bedeutet und wohin dieser Weg führt.

Wenn wir diese Politik nicht schnell korrigieren, steht uns eine düstere Zukunft bevor. Wir müssen heute handeln, um Deutschlands Zukunft zu sichern!

Integration und Religion

Für Migranten läßt sich allgemein zeigen, daß sich sozial schwache Schichten auch nach Generationen noch viel stärker der Heimatkultur zugehörig fühlen.

Wenn man wissen möchte, was uns in den nächsten Jahren blüht, lohnt sich ein Blick auf die Türken in Deutschland. Sie leben oft seit Generationen hier und gelten als strahlendes Beispiel für Integration. Doch ein Blick auf die Zahlen zeigt die Wirklichkeit.

So stimmen 57 Prozent der befragten Türken der ersten Generation in Deutschland der Aussage "Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe" zu. 25 Prozent rechtfertigen sogar Gewalt im Namen des Islam. Und die zweite und dritte Generation schätzen sich sogar als noch religiöser ein als ihre Eltern. Sie gelten zwar als besser integriert, legen aber deutlich weniger Wert auf eine Anpassung an die deutsche Kultur.

Türken in Deutschland ...

67 % aller Türkeistämmigen sehen sich als sehr religiös.

73 % aller Türkeistämmigen wollen, daß Bücher und Filme, die Religionen angreifen und die Gefühle tief religiöser Menschen verletzen, verboten werden.

76 % aller Türkeistämmigen finden, daß eine Bedingung für gute Integration ist, wenn man selbstbewußt zu seiner eigenen Kultur bzw. Herkunft steht.

Saudi-Arabien finanziert deutsche Salafistenszene

Laut Verfassungsschutz unterstützen mehrere religiöse Organisationen aus Saudi-Arabien, Kuwait und Katar die deutsche Salafistenszene. Ziel ist die Verbreitung des fundamentalistischen Islams. Daß Salafisten Gewalt nicht abgeneigt sind, ist jedem bekannt. Mit der ungestraften Finanzierung von radikalen Predigern und Moscheen, die Ausgangspunkt und Kontaktzentren für Terroristen sind, wird die Sicherheit der deutschen Bevölkerung riskiert. Wieso unternimmt die Bundesregierung nichts gegen diese Finanzierung aus Saudi-Arabien? Sind für Frau Merkel und Co. die Wirtschaftsinteressen wichtiger als die Sicherheit der eigenen Bevölkerung?<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>Milliardengeschäft Asylindustrie

Die Asyl-Masseneinwanderung ist ein Milliardengeschäft.

Für die Aufnahme, Unterbringung, Versorgung und Integration der Asyl-Immigranten sind allein im Bundeshaushalt 21,6 Milliarden Euro für 2016 und 21,3 Milliarden im laufenden Jahr veranschlagt. Die Länder planen mit zusammengenommen 19,8 Milliarden Euro für 2016 und 15,6 Milliarden für 2017.

Abzüglich der Ausgleichszahlungen des Bundes zur Entlastung der Länder und Kommunen ergibt sich die stolze Summe von 62,2 Milliarden Euro für zwei Jahre.

Die kumulierten Kosten werden für das nächste Jahrzehnt von einigen Wirtschaftsinstituten auf bis zu 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt.

Die tatsächlichen Asylkosten liegen noch höher. Die Ausgaben der Kommunen werden von den Ländern nicht vollständig übernommen. Rund 700.000 Asyl-Immigranten sind nach Abschluß ihrer Verfahren bereits im Hartz-IV-System gelandet; Hunderttausende werden noch folgen. Der Familiennachzug wird die Zahl der Transferempfänger zusätzlich hochtreiben. Folgekosten wie höherer Aufwand für Polizei, Justiz, Infrastruktur, Wohnungsbau und Verwaltung sind in der Rechnung noch gar nicht enthalten.

Die direkten Zahlungen an Asylbewerber sind nur ein kleiner Teil dieser Ausgaben. Der Löwenanteil geht an ein Netzwerk von Asylprofiteuren: Unterkunftsbetreiber, Sozialdienste, Betreuer, Caterer, Sicherheitspersonal, Rechtsanwälte, Dolmetscher, Bauunternehmen, Handwerker, Lieferanten von Material und Einrichtung usw.

Das Geld, das den Bürgern dafür entzogen wird, fehlt an anderer Stelle.

Von einem "Konjunkturreffekt" kann also keine Rede sein. Vielerorts landen teuer angeschaffte Betten und anderes Inventar bereits wieder auf dem Müll.

Besonders lukrativ ist das Geschäft mit "unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen" (UMF): Zwischen 3.000 und 5.000 Euro monatlich kostet jeder Einzelne Städte und Kommunen - auch wenn er sich wegen der besseren Bleibeperspektive nur so ausgibt. Das sind bis zu 60.000 Euro jährlich, ein Vielfaches der Leistungen für einen Hartz-IV-Empfänger. Für 2016 schätzt der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) die Gesamtausgaben allein für UMF auf 2,7 Milliarden Euro.

Das Netzwerk

Die großen Wohlfahrtsverbände - DRK, Caritas, Diakonie, AWO - sind zugleich Lobbyisten in eigener Sache: Über ihre politischen Beziehungen - ein Drittel aller Mitglieder des Bundestags hatte 2012 zugleich eine Leitungsfunktion bei Diakonie oder Caritas - und mit Öffentlichkeitskampagnen "gegen Rassismus" üben sie Druck auf Politik und Gesellschaft aus, damit ihre lukrative Klientel weiter wächst und nicht durch Abschiebungen oder restriktivere Asylpolitik kleiner wird.

Caritas und Diakonie sind der weltweit größte private Arbeitgeberverband mit 1,5 Millionen Beschäftigten und 45 Milliarden Euro Jahresumsatz. Als Hauptprofiteure der Asylkrise haben sie ihre Position noch weiter ausgebaut. Weit über 90 Prozent ihres Budgets sind staatliche Mittel oder kommen aus den Sozialversicherungen, nur etwa fünf Prozent aus der Kirchensteuer, der Rest aus Spenden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>Die NGO-Schlepper

Eine "Situation wie 2015" solle sich nicht wiederholen, versprechen Bundeskanzlerin Angela Merkel und die CDU in ihrem Bundestags-Wahlprogramm. In der Tat: Statt in endlosen Kolonnen über die "Balkanroute" kommen die illegalen Einwanderer jetzt, gut verborgen vor den Augen der Öffentlichkeit, auf dem Seeweg über das Mittelmeer. Rund hunderttausend sind in diesem Jahr schon in Italien angekommen, Millionen sitzen in Nordafrika bereits auf gepack-

ten Koffern.

Sogenannte "Nichtregierungsorganisationen" (NGOs) haben daran entscheidenden Anteil: Rund 40 Prozent der Migranten sind auf ihren Schiffen in italienische Häfen gebracht worden. Unter dem humanitären Vorwand der "Rettung" Schiffbrüchiger hat sich eine gut geölte Migrations-Maschinerie etabliert, bei der kriminelle Banden im gesetzlosen Libyen und professionell ausgerüstete Moral-Unternehmen Hand in Hand arbeiten.

Reihenweise werden illegale Einwanderer in Libyen von lokalen Schleusern auf einfache Schlauchboote gepfercht und ein paar Kilometer auf See an den Rand der libyschen Hoheitsgewässer verfrachtet, wo sie von den humanitären Schleusern übernommen und in abgeschirmten italienischen Häfen auf EU-Gebiet gebracht werden. Von dort verteilen die italienischen Behörden sie in abgeschiedene Übergangslager, wo sie nur darauf warten, ins gelobte Merkel-Land weiterzuziehen.

Fährverkehr mit "Wassertaxis"

Ein regelrechter Fährverkehr: Die NGO-Flotte hat sich seit 2014 vervielfacht und operiert nicht mehr vor der italienischen, sondern direkt vor der libyschen Küste. "Wie Taxis" würden die "Retter" von den durch ihre Schleuser gut instruierten Migranten gerufen, berichtet die EU-Grenzschutzagentur "Frontex" und spricht von "möglicher Komplizenschaft".

Das ist noch zurückhaltend formuliert. Faktisch besorgen die vermeintlichen "Retter" das Geschäft der organisierten Schlepperbanden. Die Abholung der menschlichen Fracht vor der libyschen Haustür reduziert ihren Aufwand enorm und macht das Geschäft noch profitabler. Die NGO-Schiffe unterlaufen zudem alle Bemühungen der libyschen Küstenwache, aufgegriffene Migranten zurück ans Festland zu bringen.

Mitunter liefern sie sich mit dem Küstenschutz regelrechte Wettfahrten, um den Illegalen ihr Ticket nach Europa zu sichern. Die deutsche Organisation "Sea-Watch" setzt sogar ein - von der Evangelischen Kirche gesponsertes - Suchflugzeug ein und entwickelt eine Smartphone-App für noch bessere Vernetzung.

Mit der "Rettungsgarantie" - außer den NGOs ist ja auch noch die europäische Mission "Sophia" und die italienische Marine da - können die Kriminellen zudem noch mehr Migrationswillige anlocken, ihr Glück zu versuchen. Die Toten, die im Mittelmeer ertrunken sind, weil sie doch nicht rechtzeitig aufgegriffen wurden - fast 2.400 allein in diesem Jahr - gehen auch auf das Konto derer, die sie anlocken.

Und das sind nicht nur die angeblichen "Retter", die ganz offen erklären, daß es ihnen in Wahrheit darum geht, unbegrenzte Einwanderung zu ermöglichen.

Sondern auch die Politik von Bundeskanzlerin und Bundesregierung, die von einer Begrenzung der Asyleinwanderung nichts wissen will, mit großzügigen Sozialleistungen lockt und kaum einen abgelehnten Asylbewerber je zurückschickt.

... und die verantwortlichen Politiker schauen zu

Die EU und die europäischen Regierungen spielen ein doppeltes Spiel: Sie geben vor, gegen Schlepper und Schleuser zu kämpfen, aber EU-Marineeinheiten, die schiffbrüchige Migranten aufnehmen, schaffen diese ebenfalls auf EU-Gebiet. Immerhin sind sie angewiesen, die Schlepperboote zu zerstören - aber die sind leicht ersetzbar.

Gegen die NGO-Schiffe, die mit den Schleusern kooperieren und ihnen ihre Boote sogar zurückbringen, schreitet bislang aber keine europäische Regierung ein. Von EU-Seite werden die selbst ernannten "Retter", die ihre Aktivitäten noch laufend ausweiten, sogar ausdrücklich gelobt. Der Beschluß, die Lieferung von Schlauchbooten und Bootsmotoren nach Libyen zu verbieten, ist ein Witz - typische EU-Symbolpolitik zur Einlullung der Bevölkerung.

Doch die Lage spitzt sich zu. In Italien sind die Lager voll, an die hunderttausend Illegale drängen sich dort. In der Bevölkerung wächst der Unmut und setzt die Regierung unter Druck. Sie droht, die Häfen zu schließen, die Illegalen mit Visa auszustatten und nach Deutschland

weiterzuschicken. Österreich will gegen die absehbare neue Migrationswelle seine Grenze nach Italien militärisch sichern.

Italien will eine Verteilung der Illegalen auf die übrigen EU-Staaten erzwingen. Die Kanzlerin hat schon Zusagen gemacht, SPD-Kanzlerkandidat Schulz findet das sowieso gut. Beide wollen die osteuropäischen Staaten, die sich weigern, Migranten aufzunehmen, die sie nicht eingeladen haben, über die EU zum Mitmachen zwingen. Die Spaltung Europas vertieft sich.

Die Alternative: Die Mittelmeerroute schließen

Von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) kommen, wie von seinem österreichischen Amtskollegen, zwar kritische Worte zu den NGOs, aber keine Taten. Die italienische Justiz ermittelt gegen mehrere Organisationen, denen sie vorwirft, sich sogar von den libyschen Kriminellen bezahlen zu lassen. Die deutsche Justiz läßt sie im Stich. Dabei sind deutsche Organisationen unter den humanitären Schleusern am stärksten vertreten, ihre Schiffe - derzeit sechs - sind das größte Kontingent.

Um die Fortsetzung der Asylkrise zu vermeiden, müssen die Seewege für illegale Migration geschlossen und aufgegriffene Illegale ausnahmslos zurückgeschickt werden.

Wenn Australien das auf dem weiten Pazifik schafft, sollte die EU auf dem überschaubaren Mittelmeer das auch können.

Weil kein Migrant die Passage nach Australien mehr wagt, ist in diesem Jahr auch kein einziger ertrunken.

In Österreich wird diese Lösung offen diskutiert. In Deutschland tritt dafür nur die AfD ein. Wer den Wahnsinn und das Sterben auf dem Mittelmeer beenden will, hat bei der Wahl im September eine Alternative.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. August 2017: >>**Afghane darf bleiben - "sonst bringe ich Deutsche um"!**

Asylbewerber, die nicht zurück nach Afghanistan wollen, sondern es vorziehen, in Absurdistan zu bleiben, sollten sich diesen Zauberspruch merken: "In einem Monat bin ich wieder da. Und dann bringe ich Deutsche um!"

So drohte der Afghane Asef N. vor zwei Monaten in Nürnberg, als ihn Polizisten in Abschiebehaft nahmen. Für Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) war die Sache klar: Wer sich so äußere, habe jegliche Aussicht auf Duldung verspielt.

Nicht in Absurdistan!

Offensichtlich weil Asef N. Deutsche umbringen wollte, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einem neuen Asylverfahren zugestimmt. Damit ist eine Abschiebung von Asef N. auf Sankt Nimmerlein vertagt.

Der Fall des Afghanen hatte bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. Asef N. war (und ist) illegal im Land. Polizisten holten den 21-Jährigen aus einer Nürnberger Schule, um ihn der Abschiebung zuzuführen. Vor der Schule rotteten sich linke Chaoten und Mitschüler zusammen und versuchten, die Abschiebung mit Gewalt zu verhindern. Die Polizei setzte Hunde ein.

In der Asylindustrie fand Asef N. einen findigen Advokaten.

Der schaffte es, daß der Fall neu aufgerollt werden muß. Die absurde Begründung für das neue Asylverfahren: Durch die Berichte in den Medien habe der Afghane einen höheren Bekanntheitsgrad erlangt. Dieser setze ihn der Gefahr aus, in seinem Heimatland durch radikale Islamisten verfolgt zu werden.

Ein Freibrief geradezu für Asylbewerber und ihre Unterstützer, durch öffentlichkeitswirksame Randalen den Bekanntheitsgrad in die Höhe zu treiben, um der Abschiebung zu entgehen!

Wo bitte genau gehts nach Absurdistan?

Folgen Sie der Ausschilderung nach Nürnberg, alte Südkaserne. Das ist der Sitz des BAMF.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 2. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Merkel kam, sah und säuselte: Kommet her, die ihr müßig und geladen seid, ich will euch erquicken ... Endlich, Germoney. Gelobtes Land! Es regnete kein Manna wie einst auf die Israeliten, aber Euro-Taler. Und so meldeten die Smartphones ins fernste Afrika: Hier ist gut sein, hier laßt uns Hütten beklaunen. Und Frauen: Fast alle blond, fast alle halb nackt, alles Ungläubige, alles Fleisch. Die Männer? Schwul und schlapp

...

Merkel konnte ja nicht wissen, daß von den anderthalb Millionen höchstens zehn Prozent aus dem Krieg kamen. Das hat ihr kein Klops im Kanzleramt gesagt. Wäre ja auch eh immer auf "Mir doch egal" rausgelaufen. Und überhaupt, was kümmert's Honeckers Musterschülerin, wenn das Pack heult: "Wir schaffen das nicht!?" Pack heult immer. Früher sogar nach Freiheit und Bananen ...

Merkel konnte nicht wissen, daß man eine 1.000 Kilometer kurze deutsche Grenze genauso schließen kann wie eine 6.000 Kilometer lange in China vor 1.000 Jahren. So konnte sie auch nicht wissen, daß mit den "Flüchtlings" jede Menge Knackis, notgeile Bengel und Böcke kamen, die sich wie in "Allahs 7. Himmel" fühlen mußten, als sie die vielen "Jungfrauen" in den prallen Blusen und platzengen Jeans sahen. Die von GRÜNEN/ROTEN Gender/Innen längst auf Weibisch dressierten "Memmen" waren/sind sowieso Luft für wahre Moslem-Männer. Wenn die Weicheier Glück haben ...

Und so schreien jeden Tag "Frauen" von 8 bis 80 um Hilfe, ohne gehört zu werden. Oder lassen es - nicht selten mit der Machete an der Kehle - stumm über sich ergehen. Um dann von einer Dame namens "Justitia" zynisch gemessert zu werden, warum sie gar nicht ... oder nicht laut genug geschrien haben ... Und so sammeln Mutchens-Söhnchen Freisprüche und Bewährungen wie deutsche Landser einst Orden im Krieg.

"Allgemeine Verunsicherung?" War nur eine Band in den Achtzigern. Heute? Allgemeine Wahlen. Noch frei ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 8. August 2017: >>Wir springen mit offenen Augen über die Scharia-Klippe!

Von Dirk Förger

69 % der Muslime weltweit wollen die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan). Als Folge davon befürworten 40 % der Muslime einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger.

Anläßlich ständiger Messer-Attacken in Deutschland, des Falles Anis Amri, islamistischer Gewalt-Orgien weltweit, diktatorischer Zustände in der Türkei und vieler anderer Ereignisse: einige Gedanken zum Islam. Dabei ist es mein Ziel, aus wertkonservativer Sicht eine Diskussion anzuregen.

Sicherlich sind manche meiner Überlegungen sehr provokativ. Hin und wieder fällt es mir auch schwer, kühl und sachlich zu bleiben. Aber wenn ich mich über bestialische Massaker, Kinder-Bomber in Manchester oder Aufrufe zur Judenvernichtung nicht mehr aufregen darf - wann denn dann noch? Wie kann aufgrund der aktuellen Fakten überhaupt jemand auf die Idee kommen, daß der Islam eine friedfertige Religion sein könnte? Die Realität spricht doch mit tausendfachem Mord dagegen! Lassen sich die Deutschen am Ende gar wie einfältige Schafe zur Schlachtbank (respektive zum Schächten) führen?

Was mich und andere wahnsinnig macht, ist dieses völlige Ignorieren aktueller Ereignisse und Realitäten, aber auch von Geschichte. Dieser unerträglich provinzielle Scheuklappenblick in Deutschland, der Fakten in der Welt nicht wahr haben möchte. Arthur Neville Chamberlain hätte an diesem Appeasement gegenüber dem Islam (bei gleichzeitiger Verteufelung aller Islam-Kritiker) seine wahre Freude gehabt. Bei mir bleibt Fassungslosigkeit angesichts einer Republik voller Lemminge, die mit offenen Augen über die Scharia-Klippe springen.

O.k., die Zuwanderer können sich immerhin mit jahrelanger islamistischer Gehirnwäsche herausreden. Aber wer erklärt mir die paradoxe Idiotie meiner Landsleute: Diejenigen, die vor einer totalitären, faschistischen Religion warnen, werden selbst als Faschisten beschimpft und zwar von linken Faschisten, die ihrerseits faschistische Methoden anwenden, um andere als Faschisten auszugrenzen.

Dieser Satz funktioniert übrigens auch (leicht abgewandelt) für den Begriff Populismus: Linke, Grüne und Merkel-Populisten, die Kritiker populistisch als Populisten bezeichnen, wenden populistische Methoden an, um Andersdenkende als Populisten auszugrenzen.

Dabei wurde zuletzt vielfach über das "Postfaktische" geschimpft. Aber wie steht es tatsächlich mit den Fakten? Da wird zum Beispiel laufend ungeprüft behauptet: Die meisten Muslime seien "friedlich".

Darauf könnte ich antworten, daß es am Ende häufig völlig irrelevant ist, was die Mehrheit will. Oft genug setzt sich doch die radikale, brutale, zu allem entschlossene Bevölkerungsgruppe durch. Dafür gibt es weltweit Dutzende Beispiele. Gerade und insbesondere in muslimischen Ländern!

Ich könnte aber auch fragen: Woher wissen wir, daß die meisten Muslime wirklich "friedlich" sind - oder zumindest Einstellungen haben, die annäherungsweise unseren Wertvorstellungen nahe kommen?

Und wenn dem so ist: Gilt das weltweit? Für Europa? Nur für Deutschland?

Oder lediglich für die nette muslimische Familie von nebenan?

Auf welchen belastbaren Untersuchungen (nicht Gefühlen oder Wunschträumen) basiert die Annahme des "friedlichen" Islam? Interessanterweise gibt es dazu kaum Fakten im deutschsprachigen Internet. Ich mußte außerhalb Deutschlands nach Quellen (PEW, Global Terrorism Index, BBC, The Independent, u.a.) suchen. Dort ergab sich dann ein ganz anderes, erschreckendes Bild - obwohl man natürlich auch hier die Allgemeingültigkeit hinterfragen muß! Aber immerhin sind es Zahlen und nicht nur Gefühle. Sie basieren unter anderem auf einer Umfrage, die in 38 Ländern die Meinung von rund 1,2 Milliarden Muslimen untersucht hat:

- Danach wollen 69 % der Muslime weltweit die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan).
- Als Folge davon befürworten 40 %, also rund eine halbe Milliarde (!) Muslime, einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. In Afghanistan sind es 79 %, in Ägypten sogar 86 %, im Irak immerhin noch 42 %.
- Außerdem fordern 16 % der türkischen Muslime die Steinigung von Ehebrecherinnen, 56 % der Nigerianer, jeweils 82 % der Pakistaner und Ägypter.
- 13 % der US-Muslime befürworten Bomben-Selbstmord-Attentäter, ebenso 13 % in Deutschland (wie viel Tausend sind das noch mal?), 24 % in Großbritannien, 29 % in der Türkei, 35 % in Frankreich, 59 % in Ägypten und 75 % der Bewohner des Gaza-Streifens. Da fühlt man sich als Israeli doch so richtig sicher...
- 2015 waren 21 % der Syrer für eine Unterstützung von ISIS.
- In den ersten 13 Tagen des diesjährigen Ramadans gab es weltweit 73 Anschläge mit 809 Toten.
- In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Messerstraftaten in den letzten vier Jahren um 600 (!) Prozent in die Höhe geschneit - von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016. In diesem Jahr sind wir auf bestem Wege, diese Marke zu übertreffen...
- 40 Jahre Multikulti in Schweden bedeuten: 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen, rund 1.500 Prozent mehr Vergewaltigungen.
- Letztes Jahr gab es allein in NRW rund 75.000 Polizeieinsätze in und vor Flüchtlingsheimen. Das bedeutet hochgerechnet 300.000 Polizeieinsätze in ganz Deutschland.
- Laut "Einzelfall-Map", die nur ein Bruchteil der (belegten) Migrant- und Flüchtlingskri-

minalität in Deutschland wiedergibt, gab es 2016 durch unsere zugewanderten "Facharbeiter": 1.785 sexuelle Übergriffe, 210 Vergewaltigungen, 5.423 Raubüberfälle, 1.308 Bedrohungen, 2.971 Körperverletzungen, 119 Brandstiftungen, 331 Morde, usw.

Und nur zur Erinnerung selbst in ihrer "friedlichsten" Form bedeutet Scharia:

- Keine Religionsfreiheit
- Keine Meinungsfreiheit
- Keine Gedankenfreiheit
- Keine künstlerische Freiheit
- Keine Pressefreiheit
- Keine Demokratie
- Keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden)
- Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse
- usw.

In der weltweiten Realität heißt Scharia aber: Prügelstrafe, Hände abhacken, Steinigung, Aufhängen von Menschen an Kränen als Massenunterhaltung und noch wesentlich mehr Greuel-taten. Offensichtlich sind viele Deutsche, darunter nicht wenige Politiker, noch nicht einmal postfaktisch. Denn dieses Adjektiv würde rein sprachlich voraussetzen, daß sich diese Men-schen vorher schon einmal mit den Fakten des Islam beschäftigt hätten. Islam-Flüsterer unter sich: Nach jedem Mord, nach jedem Massaker, nach jeder Vergewaltigung höre ich immer nur die gleichen hohlen Beileidsbekundungen. Machen sich diese Politiker denn keine Sorgen um die Zukunft ihrer eigenen Kinder?

Andererseits: Die Kanzlerin hat keine Kinder, um die sie sich Sorgen machen müßte. Sie denkt ausschließlich an ihren eigenen Machterhalt also an die nächste Wahl. Und ihre Adlaten mucken deshalb nicht auf, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen. Schließlich winkt ihnen unter anderem eine ungerechtfertigt hohe Altersversorgung. Offensichtlich ist ihnen die Zukunft des Deutschen Volkes (im Gegensatz zur eigenen) völlig egal. Genauso wie das Schicksal der Opfer, die nach jedem der immer schneller aufeinanderfolgenden "Einzelfälle" rasch vergessen werden.

Liebe Terror-Nihilisten: Was ist, wenn die Islam-Gegner letztlich Recht haben, ihr aber nicht? Zieht ihr das überhaupt in Betracht? Oder habt ihr die Gott-gleiche (sorry: Allah-gleiche) Allmächtsphantasie, die Zukunft vorhersagen zu können? Also ich schaue lieber auf die Ge-schichte des Islams, seine aktuellen Taten und was er uns für die Zukunft androht. Das sind für mich die Fakten - und nicht utopische Wunschträume.

Liebe linke und grüne Freunde: Könnte es sein, daß diejenigen, die vor dem Islam warnen, gar keine "Nazis" sind? Zumindest nicht alle? Sondern schlicht die Wahrheit, also das Faktische, aussprechen? Wann kapierten Weltverbesserer in ihren Wahnvorstellungen endlich, daß wir uns keine Multikulti-Volkstanz-Gruppen ins Land holen zumindest nicht nur? Da metzeln Islamisten europaweit Dutzende von Menschen nieder, weltweit sind es sogar Tausende. Rea-litätsverweigerer warnen aber lediglich vor Deutschen, die eine berechtigte Angst vor diesen Killern haben?

Aber selbst wenn es ein Video gäbe, auf dem Mohammed persönlich einen Attentäter beauf-tragen würde, wäre das für die Träumer in Deutschland wahrscheinlich immer noch ein "ver-rückter Einzeltäter", der mit dem Islam nichts zu tun hat. Und wenn am Ende der letzte Linke von einem Islamisten getötet wurde, wird man wohl noch von Ferne das Echo seiner Stimme hören: "Die Rechten waren's!"

Auf alle, die anders denken als Claudia Roth, Heiko Maas und Angela Merkel, darf mit dem Holzhammer eingeschlagen werden. Das sind alles Rechtspopulisten oder sogar Nazis. Aber beim Islam soll genau differenziert werden? Warum eigentlich? Zeigen Anhänger des Islam nicht mit ihren andauernden Massenmorden, die selbst vor Kindern nicht Halt machen, wie

blutig ernst es ihnen ist? Natürlich sind nicht alle Muslime Terroristen, aber die meisten Terroristen sind nun mal Muslime. Oder kann sich jemand daran erinnern, wann ein Hindu, Buddhist oder Jude das letzte Mal als Selbstmordattentäter in Deutschland in Erscheinung getreten ist?

Eigentlich müßten Grüne und Linke täglich gegen Islamisten demonstrieren. Vor allem, wenn sie wirklich ein erneutes Jahrhundertverbrechen wie den Holocaust verhindern wollen. Denn wer fordert denn rund um die Welt am lautesten die Vernichtung der Juden? Und gerade diese Religion wird von Protestlern verteidigt? Noch dazu in Deutschland?

Und in Zeitungen lese ich schwachsinnige Überschriften wie: "Rock-am-Ring-Gäste setzen bewegendes Zeichen gegen den Terror". O.k., sie haben diszipliniert gekuschelt, sind zu Kreuze (bzw. zum Halbmond) und dann in ihre Zelte gekrochen. Aber ein bewegendes Zeichen wäre für mich gewesen, wenn die 90.000 am Nürburgring wenigstens einmal einen Protestmarsch gegen diese islamistischen Kultur-Zerstörer organisiert hätten!

Denn es ist höchste Zeit: Gerade wird in Nordafrika und im vorderen Orient der Rest der dort lebenden Christen durch den Islam vertrieben und ermordet. Wie Shisha-umnebelt muß ein Gehirn sein, um dies nicht wahr zu nehmen? Noch mal, weil ich es einfach nicht fassen kann: Selbst in Deutschland vergeht kein Tag, an dem nicht über eine Vergewaltigung, einen Mord, eine No-Go-Area, ein Messer-Attentat, andere "Einzeltaten" unserer zugewanderten "Gäste" berichtet wird. Und sogenannte Intellektuelle protestieren als Reaktion auf diesen Terror allen Ernstes am laufenden Band (nur) gegen "Nazis"? Wie "postfaktisch" kann man denn noch sein?

Es macht nur noch wütend: Nach jedem Anschlag beten Bessermenschen und Politiker immer wieder die gleiche Litanei herunter. Etwa das Märchen vom "Einzeltäter", der angeblich nichts mit dem Islam zu tun hat - selbst wenn er bei seinen Morden noch so laut "Allahu akbar" brüllt. Oder daß die Attentate der Islamisten lediglich "den Rechtsradikalen in die Hände spielen". Sind etwa "Rechte" am ständigen Terror des Islam und den Straftaten der Zuwanderer schuld? Und ist wirklich jeder, der sich über terroristische Killer und die dahinter stehende Religion aufregt, gleich ein "Nazi"?

Die Absurdität wird noch klarer, wenn wir dieses Szenario einfach einmal umdrehen: Man stelle sich vor, Nazis würden in diesem Jahr rund um den Globus Tausende von Menschen massakrieren. Würden Grüne und Linke dann auch für mehr "Weltoffenheit" gegenüber Nationalsozialisten demonstrieren? Würden sie ebenfalls argumentieren, daß aus einer "überwiegend friedlichen Mehrheit lediglich eine radikale Minderheit ..." diese Taten begangen hätte? "Einzelfälle" sozusagen? Und als Reaktion würde dann gegen Muslime demonstriert, weil die Taten der Nazis dem Islam "in die Hände spielen" könnten?

Liebe Grüne, Kirchentags-Besucher und andere Bessermenschen: Wann stellt Ihr Euch endlich einmal gegen die wirklichen Mörder? Wie viele Menschen wollt ihr noch auf dem Altar Eurer beschränkten linken Utopien opfern? Wäre es nicht ein Treppenwitz der Geschichte, wenn die Anhänger von PEGIDA in 50 Jahren als die "Stauffenbergs" (richtiger wäre wohl "Elsers") unserer Zeit bezeichnet würden? Weil diese Demonstranten eine religiöse Diktatur verhindern wollten, als es noch möglich war? Ich weiß, ganz provokant!

Daher nur kurz zur Klarstellung: Schon häufig habe ich sehr deutlich gemacht, daß ich keinerlei Sympathien für Extremisten jedweder Herkunft habe, weder von "rechts" noch von "links" (falls diese Kategorien heute überhaupt noch greifen). Deshalb bin ich aus einer ganzen Reihe von Gründen sowohl gegen die AfD als auch gegen die LINKE. Dies liegt an vielen politischen Aussagen sowie dem Personal BEIDER Parteien. Und jemand wie Lutz Bachmann ist für mich ohnehin völlig indiskutabel. Allerdings bezieht sich meine Ablehnung totalitärer Strukturen nicht nur auf Parteien, sondern eben auch auf Religionen - oder auf Denkrichtungen, die sich als solche bezeichnen.

Insofern kann jeder gegen die AfD, PEGIDA und andere Islamisierungs-Gegner demonstrieren. Gegen tatsächliche Neonazis sollte man es sogar! Aber: Haben AfD und PEGIDA immer Unrecht, wenn sie vor dem Islam warnen? Es gibt den Aphorismus: "Die Wahrheit wird nicht deshalb zur Unwahrheit, bloß weil ein Idiot sie sagt!" Und Voltaire wird (wohl fälschlicherweise) das Zitat zugeschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen." Diesen Kern unserer Meinungsfreiheit sehe ich bei der Diskussion um den Islam gefährdet!

Als Negativ-Beispiel sei an die Proteste kürzlich in Köln erinnert. Dort demonstrierten naive Domstädter "gegen Rechts" und "für Weltoffenheit". Am Ende bewiesen die Protestler jedoch vor allem eines: Intoleranz gegenüber allen, die sich der links-grünen Indoktrination nicht unterwarfen! Steigbügelhalter einer eher totalitären Denkweise die sie eigentlich zu bekämpfen vorgaben. Gnadenlose Ausgrenzer mit einer "politisch korrekten", aber beschränkten Weltanschauung. Wenige Wochen später folgten gerade einmal ein paar Dutzend Muslime dem Aufruf, als es darum ging, gegen Gewalt im Islam zu demonstrieren. Beschämend und entlarvend! Insbesondere, wenn man an die Heerscharen von Jubel-Türken denkt, die vor Jahresfrist ihrem Diktator in der Rheinmetropole zujubelten.

Haben bei den letzten Wahlen nicht zwei Drittel aller teilnehmenden Türken in Deutschland für eine Diktatur gestimmt? (Wenn man Kurden und Christen abzieht, sieht die Zahl noch düsterer aus.) Ein Beweis dafür, wie krachend die demokratische Integration in Deutschland doch gescheitert ist! Wir haben es in Jahrzehnten nicht wirklich geschafft, diese Menschen in unsere Demokratie zu integrieren, ihnen Humanität und Menschenrechte beizubringen. Und jetzt soll das bei Menschen funktionieren, die obwohl auf der Flucht davor immer noch an eine totalitäre Ideologie glauben, die sich "Religion" nennt?

Zugegebenermaßen stellt sich mir hier die "Gretchenfrage". Da mir natürlich bewußt ist, was in Artikel 4 des Grundgesetzes steht - und ich noch dazu Klosterschüler war. Dort wurden mir christliche Werte beigebracht. Gleichzeitig hatte ich immer ein großes Problem mit der Kirche als Institution. Zynisch betrachtet: Handelt es sich dabei nicht um ein künstliches Konstrukt, das dazu geschaffen wurde, um alten Männern zur Macht zu verhelfen (bzw. sie dort zu halten)? Wurden nicht auch bei uns die fundamentalen Menschenrechte gegen enormen Widerstand nicht zuletzt der Kirche durchgesetzt?

Warum soll ich dann Respekt vor einer anderen Glaubensrichtung haben, die sich mittlerweile auf einen Stand vor ihrem eigenen Mittelalter zurück entwickelt hat (wenn ich an die großen Gelehrten des Islam wie Avicenna oder Averroes denke)? Was ist der Unterschied zwischen einer Religion und einer gefährlichen, menschenverachtenden Sekte? Lediglich die Zahl der Mitglieder? Kann man den Islam nicht auch als eine fehl geleitete Ideologie begreifen?

Ist am Ende nicht jede Religion eine Ideologie also ein System von Normen, das Gruppen zur Rechtfertigung und Bewertung eigener und fremder Handlungen verwenden? Wenn ich jetzt annehme, daß mein System (basierend auf christlicher Erziehung und den Menschenrechten) besser ist: Warum soll ich die Normen einer Religion bzw. Ideologie tolerieren, die sich anschickt, meine Welt und meine Werte zu vernichten?

Ist der Islam heute nicht mindestens so gefährlich, wie der Nationalsozialismus es in den 1920er Jahren war? Schließlich beschreiben Anhänger des Islam ständig, wie sie uns assimilieren oder ausrotten wollen, noch deutlicher als es in "Mein Kampf" der Fall war. Mehr noch: Sie beweisen es unaufhörlich mit tausendfachem Mord. Habe ich dann nicht sogar die Pflicht als Demokrat, mich dagegen zu wehren?

Denn was tut die Politik? Unser Außenminister-Darsteller Sigmar Gabriel machte sich in der Türkei zum Kasper, indem er dem dortigen Diktator mitteilte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Du sozialdemokratische Geistesgröße: Meinst Du etwa, der wußte das nicht? Was muß Erdogan denn noch tun, bis einige deutsche Politiker endlich merken, daß sie

am Nasenring vorgeführt werden?

Ganz zu schweigen von der grünen Politiker-Mischpoke und ich benutze hier ausdrücklich das hebräische Wort für diese Unterstützer antijüdischer Umtriebe. Offensichtlich fühlen sich Roth & Co. ausländischen Terroristen und Völkermord-Befürwortern näher als ihren Landsleuten. Ach, ich vergaß: Sie habe ja gar keine Landsleute. Denn das würde voraussetzen, daß sie Deutschland als ihr Vaterland anerkennen würden. Noch weiter treiben es natürlich die Hurra-Pazifisten auf dem Kirchentag: Dort ist ein Deutscher schon ein "Nazi", wenn er deutsche Eltern und Großeltern hat.

Irgendwie erinnern mich die aktuellen Diskussionen an die Friedensmärsche Anfang der 1980er Jahre. Damals wurden Menschen mit einem berechtigten Anliegen (dem Wunsch nach Frieden) als nützliche Idioten Moskaus mißbraucht. Wir hatten seinerzeit als RCDS darauf hingewiesen und wurden von linksorientierten Fachschaften deshalb als "Nazis" beschimpft und ausgegrenzt. Mittlerweile ist umfassend belegt, daß wir Recht hatten. Jetzt fordern wieder Menschen, die selbst keinerlei Toleranz für eine andere Meinung haben, Toleranz für eine völlig intolerante Religion. Damit passen sie natürlich wunderbar zum Islam!

Aber genauso wie es mir im säkularisierten Staat gestattet sein muß, die katholische Kirche zu kritisieren, sollte mir das beim Islam ebenfalls erlaubt sein. Oder hat diese Religion in Deutschland etwa Sonderrechte? Offen gibt sich der Islam doch nur, solange er in der Minderheit ist - um am Ende seine eigentlichen Ziele zu erreichen. Oder kann mir irgend jemand einen islamischen Staat nennen, in dem nicht zumindest die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen getreten werden? Eine eher rhetorische Frage. Denn die Realität (z.B. nach "CIA Factbook" oder Peter Hammonds "Slavery, Terrorism and Islam") sieht doch weltweit zumeist folgendermaßen aus:

Solange die muslimische Bevölkerung in einem Land unter 2 % bleibt, wird sie sich zum größten Teil als friedliebende Minderheit präsentieren. Bei 2 % bis 5 % beginnt sie, sich von anderen ethnischen Minderheiten durch Einforderung von Sonderrechten zu unterscheiden. Ab 5 % übt der Islam im Verhältnis zu seinem Prozentsatz in der Bevölkerung einen überproportionalen Einfluß auf die Gesellschaft aus. Zum Beispiel wird auf die Einführung von Halal-Nahrung gedrängt. Wenn Muslime 10 % der Bevölkerung entsprechen, greifen sie zu gesetzlosen Mitteln, um ihre Beschwerden zu untermauern. In Paris brennen schon ganze Stadtteile. Jede Muslim-kritische Aktion beleidigt den Islam und führt zu Drohungen, Aufständen und Schlimmerem.

Nach dem Erreichen von 20 % sind Miliz-Formationen, sporadische Tötungen und die Verbrennung christlicher Kirchen und jüdischer Synagogen zu erwarten. Bei 40 % erlebt das Land weitverbreitete Massaker, laufende Terrorangriffe und Milizkriegsführung. Ab 60 % werden ungehindert Nichtgläubigen aller anderen Religionen verfolgt (einschließlich nichtkonformer Muslime). Es kommt zu sporadischen ethnischen Säuberungen und die Scharia wird als Waffe eingesetzt. Bei über 80 % Muslime sind tägliche Einschüchterungen und gewalttätiger Dschihad verbreitet. Es kommt zu größeren ethnischen Säuberungen und sogar Völkermord. Sind nahezu 100 % erreicht, sollte eigentlich Frieden herrschen, denn dann ist (fast) jeder ein Muslim. Leider wird der Frieden nie erreicht, da in diesen Staaten dann die radikalsten Muslime die weniger radikalen Glaubensbrüder einschüchtern und töten.

Warum demonstrieren in Deutschland dann so viele FÜR mehr Toleranz und nicht GEGEN Auswüchse einer mörderischen Religion und deren Intoleranz? Demonstranten fordern damit letztlich Verständnis und Offenheit für ein System, das ständig Menschen umbringt. Deutschland ist außerdem das einzige Land der Welt, in dem sich die Einwohner den Zuwanderern anzupassen und ihre eigene Kultur aufzugeben haben, statt umgekehrt. Und wenn ich hierzulande als Warner vor dem Islam auftrete, hätte ich wahrscheinlich als Cassandra im alten Troja einen leichteren Stand gehabt.

Aber wie blind muß der deutsche Michel sein, um nicht zu sehen, wie der Islam und die Zuwanderung schon jetzt die Gesellschaft negativ verändert haben. Wie unsere Freiheit immer mehr beschnitten und Unfrieden gesät wird. Dazu reicht doch schon ein Blick auf die Überschriften der Tageszeitung DIE WELT eines einzigen Tages (31.7.17):

- Messerstecher Ahmad A.: "In unseren Akten taucht der Name nicht auf"
- Gefährliches Asyl: Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land
- Attacke in Supermarkt: Das Regal mit den Messern ist jetzt leergeräumt
- Islamistischer Terror: "Ich mache euch fertig."
- Nach Messerattacke: "Wenn es um Sicherheit geht, steht der Senat auf der Bremse"
- Verfassungsschutz: Herrmann kritisiert steigende Enthemmung bei Gewalt
- Nach Hamburg-Attentat: Bosbach fordert Paßpflicht für Asylbewerber
- Ausreisepflichtige: Abschiebungen scheitern vermehrt an Widerstand der Migranten
- Terrorbekämpfung: CSU verheißt bayerische Sicherheit für den Rest der Republik
- Grüne über Migration: "Flüchtlinge werden nicht weniger, nur weil wir wegschauen"
- Flüchtlinge: Dann laßt uns doch eine Luftbrücke nach Afrika einrichten
- Sinfonie der Gewalt: 76 Stunden im Hamburger G20-Chaos
- World Trade Center: Weshalb die Türme einstürzten

Und sogar aus den Reihen der Träumer:

- Hamburg und Konstanz: Sehr nachdenkliche Töne von Dunja Hayali

Bei den Linken käme sicher keiner auf die Idee, daß rechtsradikale Taten nichts mit der Nazi-Ideologie zu tun haben könnten. Warum nehmen sie dann aber sakrosankt an, daß die Morde der Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten? Die Realität ist doch: Der Islam greift ständig den Westen an. Wir befinden uns im Krieg. Und jeder der sehen will, kann das (wenn schon nicht in deutschen Medien) tausendfach im Internet verfolgen. Aber der Deutsche schaut sich lieber Katzen- und Pornovideos an. Vielleicht hat der Islam ja Recht, daß wir uns mit unserer Ignoranz selbst zu Grunde richten werden?

Apropos Internet und Medien: In Talkshows profilieren sich Sprecher islamischer Organisationen gerne als Vertreter eines friedlichen, toleranten Islams. Deshalb ein paar (zugegebenermaßen sehr vereinfachte) Begrifflichkeiten, die über die angeblich friedlichen Absichten des Islam nachdenken lassen:

"Islam" heißt nicht "Frieden", sondern "Unterwerfung"!

Schon Mohammed lehrte: "Kampf ist Täuschung". Lüge und Betrug sind anerkannte Bestandteile des Dschihad. Was ist demzufolge von der aktuellen "Friedfertigkeit" des Islam in Deutschland zu halten? Und waren zuletzt nicht (angeblich) gut integrierte Schläfer die schlimmsten Terroristen?

Der arabische Begriff "Haus des Krieges" bezeichnet alle Gebiete der Welt, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Synonym kann man auch den Begriff "Gebiet des Unglaubens" gebrauchen. Nach traditioneller islamischer Auffassung kann es keinen Frieden mit diesem "Gebiet des Unglaubens" geben, sondern nur eine zeitlich begrenzter "Waffenstillstand". Der Dschihad gegen die Ungläubigen ist deshalb eben NICHT das Werk einiger durchgeknallter "Einzeltäter", sondern sogar heilige Pflicht für die Gesamtheit der Muslime. usw.

Wer also spitzfindig zwischen Islam und islamistisch unterscheidet, liebe Exegeten: Ein konsequent islamischer Staat ist IMMER islamistisch! Und wer sagt, daß es bei uns keine Islamisierung gebe, sollte sich einmal die Fakten betrachten etwa die Zunahme der Muslime und Moscheen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre. Zusätzlich verstärkt durch die laufend sinkende Zahl der christlichen Kirchen. Außerdem können die Islamisierungs-Leugner offensichtlich kein Deutsch. Denn bei der Islamisierung handelt es sich um einen Prozeß und nicht um eine Momentaufnahme. Daher ist es völlig irrelevant, ob die Muslime in Deutschland NOCH in der Minderheit sind. Und nein, wir sind nicht erst dann islamisiert, wenn Frau-

en in Deutschland gesteinigt werden - um es sehr zugespitzt zu formulieren.

Apropos: Eine Steinigung kennt der Deutsche eigentlich nur aus Filmen wie "Das Leben des Brian", in dem eine Hinrichtung offenbar eine lustige Sache ist. Ähnlich niedlich und folkloristisch scheint auch das Bild des Islam bei vielen Landsleuten zu sein. Sie wollen gar nicht anders, als an Märchen aus 1001 Nacht zu glauben. Nur, wer diese Märchen historisch-realistisch betrachtet, gewinnt ein anderes, blutiges Bild. Denn was steckt denn beispielsweise hinter den Eunuchen, die auch in musikalischen Werken wie Mozarts "Entführung aus dem Serail" nur als niedliche Männlein dargestellt werden: Millionen Sklaven, bei denen einfach die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden - worauf der größte Teil jämmerlich verblutet ist. Und da wir gerade bei Leibeigenen sind: Selbst heute gibt es in islamischen Staaten noch Sklaverei. Liebe Träumer, sind euch solche Fakten bekannt?

Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir wissen, woher wir kommen: Vieles läßt mich momentan an Gespräche mit meinen Großeltern zurück denken: Wer wollte, konnte schon im Nazi-Reich erfahren, was mit den Juden und anderen "unerwünschten" Personen geschah. Warum zum Beispiel der Rauch aus der nahen "Irrenanstalt" so "komisch" roch. Aber viele wollten sich einfach nicht der Realität stellen. Das gilt auch heute wieder! Denn wer die Flüchtlingsströme aus Krisengebieten im Moment nicht als Gefahr ansieht, sollte sich einmal das Buch "Massenmigration als Waffe" ("Weapons of Mass Migration", Cornell University) durchlesen.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Islamistische Mörder können heute immer und überall zuschlagen. Unsere Gesellschaft hat sich schon jetzt merklich verändert. Es herrscht ein Klima der Angst, wie die "Rock am Ring"-Unterbrechung und die Panik in Turin gezeigt haben. Selbst die Multikulti-Gesellschaft muß ihren "Karneval der Kulturen" unter massivem Polizeischutz feiern. Mich persönlich stört es einfach, wenn ich mittlerweile noch nicht einmal mehr einen Rucksack zum Open-Air-Konzert mitnehmen kann: Eine Beschneidung meiner Freiheit in jedem Sektor des Lebens. Als weiteres Beispiel könnte ich diesen immer größer werdenden Irrsinn an den Flughäfen aufzählen. Alleine damit stehlen mir diese Religions-Fanatiker doch das wertvollste, was ich besitze: meine Lebenszeit!

Mittlerweile ist selbst in Deutschland nachgewiesen, daß wir uns Mörderbanden ins Haus geholt haben. Oder wie soll ich es anders nennen, wenn sich "Flüchtlinge" selbst als ehemalige Taliban-Kämpfer outen? Und von verschiedenen Attentätern wissen wir inzwischen sicher, daß sie mit den Zuwanderern nach Europa gekommen sind. Ich behaupte, da sind noch viel mehr Killer drunter. Oder ist die umgekehrte Annahme nach den bisherigen Erfahrungen etwa wahrscheinlicher?

Ist nicht die Ermordung des 17jährigen Niklas in Godesberg ein Fanal und ein Beispiel, was uns auch im Rest von Deutschland bald bevorstehen könnte? Aus dem einstmalen mondänen Diplomaten-Ort ist innerhalb weniger Jahre eine zweifelhafte Heimat geworden: Am und um den Bahnhof lungern nachts "südländischen Gestalten" herum - und das Messer sitzt locker. Am Moltkeplatz hilft eher die türkische und arabische als die deutsche Sprache weiter. Natürlich gibt es im Restaurant nebenan keinen Alkohol mehr, schließlich bestimmen andere Kulturen schon längst, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. Würstchen-Verbote in Kindergärten lassen grüßen.

Ein weiteres Beispiel unter vielen für die Veränderung unserer Gesellschaft: Neulich wurden Besitzer von Metzgereien in Köln von Muslimen angepöbeln und bedroht, nur weil Deko-Schweine aus Pappe im Schaufenster standen. Gilt das Bilder-Verbot des Islam jetzt schon für Borstenvieh? Warum nicht gleich die Geschäfte kennzeichnen? Ich würde gelbe Ringelschwänzchen vorschlagen ...

Mir ist klar, daß ich sicher mit folgender Äußerung nicht den Preis für Nächstenliebe gewinnen werde. Aber als Einwohner eines Landes, in dem mir zumindest laut Grundgesetz die

freie Meinungsäußerung gestattet ist, muß ich auch sagen dürfen: Nein, ich möchte diese Menschen nicht hier haben! Ich will zumindest keine Personen in Deutschland, die sich nicht eindeutig für unsere Demokratie aussprechen, unsere Art zu leben und unsere Grundwerte. Ich brauche keine Betrüger, die ihre Papiere "verlieren", ihr Handy aber nicht. Ich will in meiner Heimat keine Menschen, die Frauen verprügeln, Christen und Juden angreifen, uns Deutsche als "Opfer" sehen.

(Letzteres gilt übrigens nicht nur für Zuwanderer, sondern natürlich auch für linke und rechte Schläger, "die schon immer hier waren".)

Es könnte alles so einfach sein, gälte der gesunde Menschenverstand inzwischen nicht als politisch unkorrekt. Das sagt zumindest Klaus-Jürgen Gadamers. Oder anders ausgedrückt: Möglicherweise bin ich gar nicht islamophob, ich denke bloß selbst. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 16. August 2017: >>Merkels Flüchtlinge!

Es war das übliche Beschwichtigungsritual: Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) im Frühjahr die Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorstellte, besänftigten die Berliner Schalmeibläser: Alles nicht so schlimm, die Gesamtzahl der Straftaten (rd. 6,3 Millionen) habe sich im Vergleich zum Vorjahr nicht erhöht. Tatsächlich aber dürfte keine Kriminalstatistik so brisant sein wie die aktuelle.

- 100 Prozent mehr Morde
- 130 Prozent mehr Gruppenvergewaltigungen
- 93 Prozent mehr Körperverletzungen

Fakt ist: Die Zahl tatverdächtiger Zuwanderer stieg 2016 um 52,7 Prozent auf 174.438 Asylbewerber, sogenannte (nicht anerkannte) Flüchtlinge und Personen mit unerlaubtem Aufenthalt stellten damit 8,6 Prozent aller rund 2 Millionen Tatverdächtigen (2015: 5,7 Prozent). Tendenz stark steigend!

Im Einzelnen: Bei Taschendiebstählen betrug der Zuwanderer-Anteil 35 Prozent, bei Ladendiebstählen waren es 16,8 Prozent aller Tatverdächtigen, bei Raubdelikten 14,3 Prozent, bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung sowie gefährlicher und schwerer Körperverletzung je 14,9 Prozent.

Die wahre Brisanz der Statistik offenbart sich jedoch erst beim Lesen des Kleingedruckten (Deliktzunahmen):

- In der Rubrik "Mord" stieg die Zahl der tatverdächtigen Asylbewerber um 100 Prozent!
- Bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung waren 120 Prozent mehr Asylbewerber tatverdächtig!
- Noch extremer der Anstieg beim Delikt "Gruppenvergewaltigung": plus 130 Prozent!
- Gefährliche und schwere Körperverletzung nahmen um 93 Prozent zu.

Vollends deutlich wird die Aussagekraft dieser Zahlen aber erst, wenn man sie unter Berücksichtigung des jeweiligen Bevölkerungsanteils ins Verhältnis zur Zahl der deutschen Tatverdächtigen setzt. Dann ergibt sich folgendes Bild:

- Asylbewerber waren 2016 in Bezug auf die Gesamtkriminalität (alle Straftaten) mehr als 600 Prozent auffälliger als Deutsche. Wobei unter "kriminellen Deutschen" auch solche mit Migrationshintergrund und Doppelpaß erfaßt sind.
- Bei der Gewaltkriminalität waren "Flüchtlinge" sogar 1.400 Prozent auffälliger als Deutsche
- also 14-mal so oft!

Aber "Flüchtlinge" waren auch doppelt so kriminell wie alle anderen Ausländer:

Unter 100.000 Deutschen waren 1.913 Tatverdächtige, unter 100.000 Ausländern 6.847 Tatverdächtige und unter 100.000 "Flüchtlingen" 13.930 Tatverdächtige - Verstöße gegen das Ausländerrecht nicht mitgerechnet.

Die offizielle Statistik dürfte nur die Spitze eines Eisberges sein. Der maßgebliche Begriff

"Tatverdächtiger" ist nämlich dahingehend definiert, daß es sich um polizeilich gründlich ermittelte Tatbeteiligte handelt, die der Justiz zur Anklageerhebung übergeben werden können. Die Fälle werden also polizeilich als gelöst ad acta gelegt.

In der Statistik schon gar nicht enthalten sind die vielen "Einzelfälle", wie sie tagtäglich in fast jedem Polizeibericht und in Fahndungsaufrufen vorkommen: "Gesucht wird/ tatverdächtig ist ... ein Mann mit dunkler Hautfarbe, dunklem Teint, südländischem Aussehen usw." Da kann man nur ahnen, woher der Nafri-Wind weht.

In der Statistik ebenfalls nicht erfaßt: In vielen Städten wie z.B. Lübeck ist der Drogenhandel inzwischen fest in der Hand von "Flüchtlings".

Bei nüchterner Analyse wird klar: Der extreme Anstieg der Straftaten von "Flüchtlings" läßt sich nicht damit erklären, daß die Zahl der Asylbewerber 2016 um "nur" 25 Prozent angestiegen ist. Die alarmierende Zunahme von - um im Bilde zu bleiben - "Verbrechen mit Migrationshintergrund" offenbart nach Auffassung von Kriminologen vielmehr eine zunehmende Brutalität, Gewaltbereitschaft und Habgier unserer "Gäste".

Dazu eine aktuelle einmonatige Momentaufnahme: Allein zwischen dem 12. Juni und dem 10. Juli stellte die Bundespolizei 6.125 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht, 4.546 unerlaubte Einreisen und 812 Drogendelikte fest. Außerdem wurden in diesem Zeitraum 782 Haftbefehle vollstreckt. In dem Bericht heißt es: "Allein schon diese Ergebnisse sprechen für einen Mehrwert der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den deutschen Binnengrenzen". Der Innenminister soll Weisung erteilt haben, den Bericht nicht zu veröffentlichen. Offenbar, weil die Bundesregierung vor der Wahl eine Debatte über neue Grenzkontrollen vermeiden will.

Schmunzelnd zeigt sich Kanzlerin Merkel mit Pustemund und Knautschgesicht auf den CDU-Wahlkampfthemen. Umhüllt von den Nationalfarben Schwarz, Rot und Gold blickt die Kanzlerin auf ihrer zentralen Broschüre versonnen nach links unten, in Richtung des CDU-Mottos: "Für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben". Die Botschaft der 20 Millionen Euro teuren Kampagne: "Weiter so!" <<

Die ehemalige CDU-Politikerin Erika Steinbach schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>Verfolgung von Christen und Andersgläubigen - auch in Deutschland

Seit vielen Jahren sehe ich mit großer Sorge die zunehmende Verfolgung von Christen und anderen religiösen Minderheiten. Mittlerweile beziffert die Hilfsorganisation "Open Doors" die Anzahl der Christen unter Verfolgungsdruck auf weltweit 200 Millionen Menschen. Die Anzahl hat sich in den vergangenen Jahren verdoppelt.

Der Zustand der Religionsfreiheit gilt als ein deutlicher Indikator für die allgemeine Menschenrechtslage in einem Staat. Wo es Religionsfreiheit gibt, sind in der Regel auch andere zentrale Freiheitsrechte weniger in Gefahr. Jedoch werden viele Christen und zahlreiche weitere religiöse Minderheiten wie die Jeziden und die Bahai, die Tibeter in China und auch Muslime in Indien systematisch diskriminiert, verfolgt und ermordet. Die Anzahl der Christen ist jedoch weltweit besonders häufig von Unterdrückung und Verfolgung betroffen.

Der Weltverfolgungsindex zeigt, daß es insbesondere in muslimischen Ländern zur systematischen Unterdrückung, Diskriminierung und Verfolgung kommt.

Woher resultiert die enorme Gewalt gegen Christen in muslimischen Ländern und die Einschränkung der Glaubensfreiheit? Beides resultiert aus dem islamischen Recht, der Scharia. Die Kairoer Erklärung der Menschenrechte im Islam als Willenserklärung der Mitgliedsstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz stellt alle ihre Artikel, auch den zur Glaubensfreiheit, unter den Vorbehalt der Scharia.

In dieser steht die Apostasie, damit ist der Abfall vom Islam gemeint, unter Todesstrafe. Die Praktizierung des eigenen Glaubens - außer dem Islam - sei es privat oder im öffentlichen Be-

reich, ist verboten. Bereits geäußerte Kritik am Islam kann dazu führen, daß man verhaftet oder gar getötet wird. Die Verfolgung ist spürbar, wenn Christen ihren Glauben praktizieren, wenn sie sich nicht den religiösen muslimischen Ritualen wie dem Fasten des Ramadan unterwerfen.

Der Bau von Kirchen ist vielerorts beinahe unmöglich, es kommt vielmehr zu Enteignungen und Zerstörung jahrhundertealter Heiligtümer.

Christliche Geistliche schweben in Lebensgefahr, wenn sie als solche durch ihre Kleidung erkennbar sind. Predigten dürfen nur an bestimmten Tagen abgehalten werden.

Für Deutschland müssen wir darüber hinaus mit großer Sorge erkennen, daß als Folge der großen Migrationsbewegungen global beobachtete Defizite religiöser Toleranz inzwischen auch verstärkt bei uns spürbar sind. So sind vor allem in den letzten Jahren Menschen aus Gesellschaften nach Europa und Deutschland gekommen, in denen sie ohne religiöse Toleranz aufgewachsen sind.

Wir erleben in Folge die Zunahme antisemitischer Strömungen und unverhohlener Aggressivität gegenüber Christen und Jeziden in deutschen Asylunterkünften. Berichte über Spannungen zwischen verschiedenen religiösen Gruppen, selbst zwischen unterschiedlichen muslimischen Glaubensrichtungen wie Sunniten und Schiiten zeigen uns, daß dieses religiöse Konfliktpotential in Deutschland angekommen ist und uns vor erhebliche Herausforderungen stellt.

Verkennen dürfen wir dabei nicht, daß es auch bei uns in Deutschland islamistische Versuche gibt, Religion als politisches Vehikel zu mißbrauchen, z.B. das Tragen ausgrenzender Kleidung wie Kopftuch, Burka oder Niquab als religiös zu begründen, obwohl religiöse islamische Führer dies als reine traditionelle Kleidung bewerten.

Gerade aufgrund der Entwicklungen, die Christen vielerorts erdulden müssen, müssen wir in Deutschland wachsam sein und Intoleranz zu Lasten unserer Rechts- und Wertvorstellungen nicht nur klar widersprechen, sondern auch konsequent unterbinden. Leider geschieht das fahrlässig nicht.<<

Der deutsche Journalist und Autor Peter Bartels schrieb am 16. August 2017 in der Wochenzeitung "Deutschland-Kurier": >>War eine kurze Überfahrt ... Ihre Leiber glänzen in der Sonne ... Ihre Boote machen längsseits fest ... Und schon ist die Party im Gange ...

Achim Reichel, "Aloha He", verballhornt. Der Hit beschreibt in etwa, was sich derzeit im Mittelmeer abspielt. Hundertfach am Tag. Tausendfach im Monat. Bis jetzt 93.000 "glänzende Leiber. Nicht 1910 vor Sansibar". Jetzt, 2017 vor Libyen: Afrikaner auf dem Weg zu "Mama Afrika" in Alemania.

Das Schrecklichste kommt am Anfang: In Libyen warten nicht 400.000, sondern 1 Million auf die deutschen Wasser-Steuer-Taxen. "Rettungsschiffe", von "Jugendlichen" in Berlin oder greisen Milliardären wie Soros bezahlt. Radar, Funk, GPS, Halal-Snacks - alles an Bord. Schwimmwesten zuhauf an Deck. Der "Skandal": Die Italiener haben jetzt die deutsche "Juventa" (Jugend Rettet) in Lampedusa an die Ankerkette gelegt, beschlagnahmt.

Der blaue NGO-Pott hatte wie "SOS Mediterranee", "Seewatch", "Ärzte ohne Grenzen" nicht selten "in 48 Stunden 11.000 Afrikaner" aus den "tosenden" Fluten "gerettet" ("Sagt Muttchen, s'ist Ali ...!"). Dramatische Fotos von schreienden, jungen Frauen, das Haar in Draidhairstreifen, millimetergenau und teuer aufs Köpfchen geflochten. Natürlich sagen die Schranzen-Schreiber nicht, daß über 95 Prozent der "Flüchtlinge" junge Männer sind. Daß die Seelenfänger fette "Heuer" kassieren - aus den Klingelbeuteln der Kirchen. Aus den schwarzen Schatullen von Gewerkschaften und Parteien. 500.000 Euro für Juventa ... 1,5 Millionen für Seewatch ... 3.276 für Ärzte ohne Grenzen ...

4 Millionen für SOS Mediterranee. 13 Millionen monatlich. Sie schreiben auch nicht, daß ihre Wasser-Steuer-Taxen per GPS, Smartphone und Blinkzeichen von den Schleppern "gerufen", geleitet

werden. Daß die Sklavenhändler in Libyen jährlich 31 Milliarden Dollar mit der Ware Mensch machen ...

Und natürlich schreiben sie nicht, daß in Lampedusa, in ganz Italien das "Boot" restlos voll ist. Sie sagen auch nicht, daß See- und Menschenrecht vorschreiben, Schiffbrüchige auf schnellstem Weg an Land zu bringen.

Das wäre Libyen, gerade mal 12 Meilen (21 km) nah. Die Retter "retten" lieber quer durch das schäumende Mittelmeer ins 300 km ferne Italien. Denn von da geht's mit kurzem Zwischenstopp unter Palmen direkt weiter zu "Mama Afrika".

Freilich, die Kanzlerin machte übellaunig mit "Deutschlands First Mann" Urlaub im schönen Tirol. Aber der 24. September ist nah. Danach kann "Mama Afrika" wieder machen, was sie jetzt noch vor dem Wahl-Pack verbergen muß - ein freundliches Welcome-Gesicht. Danach beginnt ihr nächster 4-Jahres-Plan: "Wir schaffen das". Und Deutschland ab ...<<